

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und  
bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einspaltige Zeitspalte oder deren Raum 20 Pf.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Ercheinungstage.

Nr. 51.

Recep. Nr. 10

Mittwoch, den 25. Juni 1919.

Recep. Nr. 10

41. Jahrg.

## Die Annahme des Gewaltfriedens.

Weimar, 22. Juni. In der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Groebler: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden, in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Die Ministerpräsidenten Bauer-erklärte, wird die Regierung die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 zu übernehmen.“

Die Artikel betreffen die Aburteilung des früheren Kaisers und die Auslieferung anderer deutscher Persönlichkeiten. Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Enthaltungen angenommen.

Am 22. Juni. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf, bereits geantwortet haben, in dem Sinne, daß die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Vorbehalte vorbei ist und die deutschen Vertreter unambiguös den Frieden als Ganzes wie er vorliegt annehmen müßten oder nicht. Nach der Unterzeichnung müßten die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrages verantwortlich machen. W.F.

Eine Havas-Depesche meldete bereits am Sonntag früh, daß der Rat der Alliierten den Vormarsch der verbündeten Truppen für Montag Mitternacht festgesetzt hat, falls bis dahin nicht die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland vorliegt. „Journal des Debats“ weiß zu berichten, daß die Nichtannahme des Friedensvertrages nicht nur den Einmarsch, sondern die militärische Besetzung der deutschen Hauptstädte einschließlich Berlins bedingen würde.

### Deutsche Vorbehalte.

Weimar, 23. Juni. Der Reichsministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung Sonntag nachmittag durch den Gesandten von Sanel zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage eine Note überreichen lassen, in der es unter anderem heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des Krieges. Es will die Aufnahme des dauernden Friedens. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Reichsregierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die sich aus dem Widerstand der Bevölkerung gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderungen der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutscher Gefangener vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber bedenken, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was tatsächlich geleistet werden kann und muß daher jede Verantwortung gegenüber jenen Folgen ablehnen,

die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in Erscheinung tritt.

Sodann erfolgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Urheberhaft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages ansehen werden:

Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages ab gerechnet werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Alliierten, sobald dieser vom Völkerbund nach Artikel 4 eingeseht ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Räte sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte besitzen, wie die Vertreter der anderen Vertragsmächte. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden.

Es folgt dann die bereits gemeldete Zustimmungserklärung der Reichsregierung.

Weimar, 23. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach einer Rede des Reichsministerpräsidenten Bauer, der der Versammlung die bereits bekannte Antwort der Entente auf unsere Note über die Verwahrungen und Vorbehalte mitteilte, gegen die Stimmen der Rechten und des größten Teiles der Demokraten die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages beschlossen. Die Demokraten erklärten die Auffassung für zutreffend, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Frist zur Unterzeichnung des Vertrages läuft heute Abend 7 Uhr unwiderruflich ab.

Berlin, 23. Juni. Der Gesandte von Sanel hat im Auftrage der Reichsregierung gestern nachmittag 4 Uhr 40 Min. folgende Note an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen überhandt:

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, stellt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichen und damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen aufgelegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages soll am Donnerstag mittag zwischen 12 und 1 Uhr stattfinden.

### Das neue Kabinett.

Weimar, 21. Juni. Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums Bauer, Reichsminister des Auswärtigen Herrmann Müller,

Inneres Dr. David, Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Erzberger, Reichswirtschaftsminister Wisfel, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichsfinanzminister Mayer-Kaufbeuren, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts Dr. Bell, Reichswehrminister Koste, Reichsernährungsminister Schmidt, Reichsjustizminister bleibt offen.

(Dieses Ministerium besteht nur aus Mitgliedern des Zentrums und der Mehrheitsfraktionen. Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.)

### Lichnowsky über Kaiser und Kanzler beim Kriegsausbruch.

Fürst Lichnowsky überfandete dem „Vorwärts“ folgende Zeilen:

Nach der in Ihrem Blatte erschienenen Wiedergabe der Rede des Herrn Eduard Bernstein aus dem Parteitage, deren Inhalt auch ich lebhaft bedaure, weil er geeignet ist, gewiß ganz gegen den Wunsch des Genannten unsere Interessen im Auslande aufs schwerste zu schädigen, beruft sich Herr Bernstein auch auf mich für die Behauptung, Herr v. Bethmann hat im hohen Maße am 31. Juli 1914 den Kaiser anfeindlich gebeten, vom Kriege abzusehen. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum, da ich niemals etwas Ähnliches gesagt oder geschrieben habe. Ich weiß vielmehr, daß der Kaiser den Krieg nicht gewollt hat und bei Ausbruch desselben völlig gebrochen war, und ich glaube, daß es nur eines Wortes des Reichskanzlers bedurft hätte, um den Kaiser zu bestimmen, durch Annahme der von mir dringend befürworteten britischen Vermittlung oder durch einen eigenen Vermittlungsversuch die Katastrophe abzuwenden, was um so leichter war, als Graf Verdolff sich bekanntermaßen gerade zum Einlenken ansetzte. Im übrigen kann ich mich auf die Schilderung berufen, die Herr v. Bethmann-Hollweg selbst in seinem soeben erschienenen Buche (S. 156) von dem Vorgang entwirft: „Der Chef des Generalstabes, General v. Moltke, war dagegen für die Kriegserklärung, weil unser für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilisationsplan die sofortige Vornahme kriegerischer Handlungen vorsah, und weil unsere Chancen in dem Ringen gegen eine gewaltige zahlenmäßige Uebermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhängen. Seiner Ansicht habe ich mich angegeschlossen.“

### Die Berliner Presse zur Unterzeichnung.

Berlin, 23. Juni. Fast aus allen Artikeln und Kommentaren, die sich mit der gestern erfolgten Unterzeichnung des Vertrages befassen, ist herauszulesen, daß wir der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erbe zu unterzeichnen gezwungen sind. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt richtig, die Einzelkämpfer der Entente, die jetzt die Entscheidung haben, sehen sich vor eine große moralische und weltpolitische Verantwortung gestellt. Man muß sich erinnern, daß schon oft ein Appell an die Menschlichkeit zu ihrem Gebirgen, daß sie ihn aber nicht hätten, nicht hätten wollten. Unter der Ueberzeugung: „Der Tag der nationalen Ehre zu feiern, bis die Schmach des 22. Juni ausgeblüht ist. Eine kleine Hoffnung kommt uns von Norden, wo im fremden Osten Deutschlands Flotte lag. Mit den schwarz-weiß-roten Flaggen in den Masten ist sie durch h. r. r. e Mannen auf den Grund des Meeres versenkt worden. Diese Tat wird wie ein beherrschender Hauch in der Schwüle dieser bedrückenden Tage und gibt der erlöschenden Hoffnung neue Schwingen. Wie unsere Feinde davon denken, braucht uns wenig anzugehen. Selbst wenn der Jörn über entgangene Beute bei ihnen liegen sollte, wir trauen ihnen solch ein, daß sie im inneren Herzen den Braven, die der Schande den Tod vorgezogen, die Achtung nicht verweigern können.“ Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Unterzeichnung einen Tragödienakt. Graf Ranau habe mit seiner Hartnäckigkeit und staatsmännischem Instinkt die einzig richtige und mögliche Politik verfolgt. Die „Morgenpost“ sagt die

Antwort der Entente auf die deutsche Note wegen Unterzeichnung des Friedensvertrages so auf, daß die Frage des Friedens trotz des Beschlusses der Nationalversammlung noch nicht gelöst ist. Nach dem „Vorwärts“ bürmert die Hoffnung auf einen, wenn auch noch so unvollständigen und langwierigen Ausstieg aus diesem Zustand auf, weil wesentlichen noch der Glaube da ist. Die Formel, mit der die Regierung den Frieden aus ihrer Erklärung unterzeichnet, enthält eine einschränkende Klausel, die aber einen formalen Protest, den auch wir für richtig halten, beanstandet. Wenn die Gefahr besteht, daß auf dieser Klausel der Frieden doch noch scheitert, so wäre ihre Fortsetzung bringen zu wünschenswert. Die „Post“ glaubt immerhin an eine mögliche Wiederherstellung alter herrlicher Verhältnisse. In der „Wahlzeit“ liest man: „Am Totenopfer deutscher Ehre und Macht leuchtet das Bild deutscher Widerstandskraft und Heldentum in der Escapade wie ein verheißendes Zeichen besserer Zeiten.“

**Die internierten deutsche Flotte verfenkt.**  
London, 21. Juni. Die Admiralität teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Escapade von den Besatzungen verfenkt und verfenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

London, 21. Juni. Weiter meldet amtlich: Alle in der Escapade internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Boden“ sind verfenkt worden, während die übrigen drei sich dort befindlichen Schlepddampfer auf Strand gesetzt wurden. 19 Fischer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist verfenkt. Der deutsche Kontradmiral und die meisten Deutschen befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgeführt wurden, weigerten sich dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Zahl Deutscher wurde getötet oder verletzt. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen als Warter ohne britische Wachen an Bord interniert gemeldet.

London, 21. Juni. Ein Telegramm aus Gdynia meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen, um die deutsche Flotte am Montag zu befehlen, falls der Friede unterzeichnet werde, da die deutschen Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt verfenkten Schiffe hätten diese Absicht indessen voransgesehen.

Amsterdam, 22. Juni. Nach einer A. N. -meldung aus Tharso vom 21. Juni mittags bildete das Hissen einer roten Flagge das Signal für das Verfenken der deutschen Schiffe. Die Besatzungen gingen in die Boote und ruderten dem Ufer zu. Als die Bewachungsschiffe feuerten, sprangen die Deutschen in das Wasser und schwammen an die Küste. Nach einer Meldung des „Telegraph“ aus London vom 21. Juni wurde nicht die rote Flagge, sondern die deutsche Flagge gehißt. Alle Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme der „Boden“, die noch treibt, sind gesunken. Das Verfenken der Schiffe scheint lange gedauert zu haben, denn das erste Schiff sank zuerst nach Mittag und das letzte erst um 1/5 Uhr.

Amsterdam, 23. Juni. Weiter meldet aus London: Es verläutet, daß der Kontradmiral von Renter die volle Verantwortung für die Verfenkung der Schlachtschiffe übernimmt und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehles, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

Die Tat erhebt wie ein Faunal die tiefste Nacht, in die Deutschland versunken ist. Seit jenen unglücklichen Novembertagen ist sie die erste neue Regierung deutschen Geistes und erinnert schmerzhaft und doch erhebend zugleich an all die Heldentaten, die vier Jahre lang zur Ehre des deutschen Namens von hingebungsvollen Söhnen der jetzt so tief gebeugten und schwachbedeckten Mutter Germania vollbracht worden sind. Wohl verfährt diese Tat der deutschen Seeleute gegen die Vereinbarungen des Waffenstillstandes; dennoch ist es eine Heldentat, hervorgegangen aus der Unverträglichkeit der Schwach, die solche deutsche Flotte dem Feinde kampfslos anduldsamer zu müssen und diktiert von dem tiefen Gefühl der Reue über den Frieden, der in jenen unheilvollen Novembertagen in Kiel den Anstoß zur Wehrlosmachung Deutschlands gab. Nun wollten sie gutwachen, was noch gutzumachen sei, und wollten sühnen durch eine letzte mannhafteste, deutsche Tat, die selber — Gott sei es geklagt! — an dem Schicksal anderer Vaterlandes nichts mehr zu ändern vermag! . . .

**Die Schiffe nicht mehr zu heben.**  
Rommunistenputische vorausgegangen.

Berlin, 23. Juni. Ueber die Verfenkung der Flotte in Escapade liegen an diesem amtlichen Stellen keine Nachrichten vor. Es wird nur berichtet, daß die in Escapade befindlichen Seewerkschiffe eine Seeburg der Flotte umgibt machen, da die Schiffe durch die Parteierklärung in kurzer Zeit gerichtlich gerichtet werden dürften. Auch die auf Strand getriebenen Schiffe dürfen bei der Verfenkung der Flotte kaum zu retten sein.

Die Internierung der Mannschaften, die die Schiffe nicht verfenkt hätten, hat die Stimmung sehr unglücklich beeinflußt. Das Monatelange Zusammenleben an Bord hat die sogenannte Plattenplattentherapie erzeugt. Die Engländer vertrieben sich Anfangs legal, bis ein Kommandanturpatrolle auf Bord der „Fregatte“ eine Veränderung herbeiführte. Da mußte die englische Admiralität ein und schickte die aufregehten Mannschaften nach Hause und ließ die zurückgebliebenen unter strenger Kontrolle. Die Stimmung war infolge dessen unter den Matrosen erbittert. Darauf wurden die Engländer weitere Taten auszuüben ab, schickten sie nach Deutschland zurück, wo sie vorgeführt angekommen sind. Das alles hat wohl dazu beigetragen, unter der Besatzung des Schiffes einen so laßlichen, die Kriegsschiffe der Verfenkung der Entente zu entstehen. Zum Verkanne gelangte es, die Soldaten zu lassen. Durch die allgegenwärtige Besatzung der deutschen Schiffe konnten sie sich aber noch Handlung über Wasser halten und die Engländer mitene erst später, was vorgeht.

**1300000000 Mark.**

Berlin, 23. Juni. Der Wert der in der Escapade-Flotte internierten deutschen Flotte wird amtlich auf 1 Milliarde 300 Millionen Mark festgesetzt. In dieser Summe sind allerdings auch die U-Boote enthalten, die sich nicht in Escapade-Flotte befinden haben, sondern die zum Teil schon an Frankreich, Amerika, Japan und Italien verteilt sind. Von diesen U-Booten sind bereits mehrere gesunken; so sind auf dem Transport nach Frankreich von sechs U-Booten vier, bei einem Transport nach Amerika zwei U-Boote gesunken.

**Die wenigen Italiener.**

Berlin, 20. Juni. „Corriere della Sera“ schreibt zur Erinnerung: Wohl nicht alle in ein Kadett in Italien in so rühmlicher Weise geführt worden, wie das Orlando. Die Verurteilung durch die Kommission bezieht sich auf den ganzen Komplex der Kriegsverbrechen, wenn auch die ausschlaggebende Politik den Ausgangspunkt gebildet hat. Die Verurteilung hat die Entschlossenheit der alliierten Politik in sich für den Kriegsverbrechen anerkannt. Orlando bekämpft gewesen wäre, in Paris den Kampf für den europäischen Friedensgedanken und einen Frieden der Gerechtigkeit aufzunehmen. Die Nachfolge ist unglücklicher, als niemand eine solche Erklärung antreten wollte. Das Blatt sagt, daß die nächste Aufgabe der kommenden Regierung in der Regelung der internationalen italienischen Angelegenheiten besteht, bevor Italien auf Gnade und Ungnade derjenigen anvertraut würde, denen es gelassen habe, die Herren der Welt zu werden.

„Scola“ schreibt: Orlando's Komödie sei zu Ende. Er habe nicht begriffen, daß nachdem England mit der Exekution kein Ziel erreicht habe, auf dem 3. Stande ein französischer Friedenskonferenz herüber, der das bürgerliche Deutschland durch einen Ring neuer deutsch-italienischer Staaten einschließen wollte. Er hätte sagen müssen, wie sehr die italienischen Interessen bedroht werden. Orlando habe aber nur verstanden, den gehoramen Diener der Entente zu spielen.

**Die erbeteten französischen Fahnen von 1870 verbrannt.**

Berlin, 23. Juni. Heute nachmittag gegen 10 Uhr begaben sich etwa 200 bis 300 Soldaten der Freikorps und Studenten nach dem Zeughaus unter den Linden und hielten an dem Freudenfeld die französischen Fahnen heraus, die 1870 in Frankreich erobert waren und nach dem Friedensvertrag wieder an Frankreich ausgeliefert werden sollte. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen wurden die Fahnen mit Benzin übergeben und verbrannt.

**Die Unterzeichnungs-Komödie am Donnerstags?**

Versailles, 22. Juni. Die Pariser Presse glaubt, daß Donnerstags der Friedensvertrag im Spiegelssaal des Schlosses zu Versailles unterzeichnet werden wird. Wilson habe die Absicht, am Freitag sich in Brüssel einzuschiffen.

**Oesterreich muß bis zum 5. Juli unterzeichnen.**

Rotterdam, 23. Juni. „Morningpost“ meldet, daß die Oesterreicher bis 5. Juli zu unterzeichnen haben. Die Grenzfestsetzung gegen Oesterreich sei endgültig.

**Die Kabinettslage in Preußen.**

Berlin, 23. Juni. Die Frage, ob das preussische Kabinetts zurücktreten wird, ist noch nicht geklärt. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß das preussische Staatsministerium einige Veränderungen erfahren wird. Wie man hört, soll auch der preussische Ministerpräsident Tirch die Absicht haben, von seinem Amt zurückzutreten. Die Entscheidung darüber, ob das Gesamtministerium demissionieren oder ob nur einige Minister der preussischen Regierung auscheiden werden, wird voraussichtlich heute fallen. Die Fraktionen der Preussischen Landesversammlung hielten gestern Fraktionssitzungen ab.

**Ein amerikanischer Sonderfrieden.**

Berlin, 22. Juni. Wie wir hören, meldet „Petit Parisien“ nach einem Radiotelegramm aus Washington, der Antrag Kong sei mit zehn gegen sieben Stimmen angenommen worden. Mit diesem Beschluß des Senats begänne die Kampagne zur Aenderung des Friedensvertrages. Die republikanischen Führer seien sicher, daß schließlich ein getrennter Friedensvertrag zwischen Amerika und Deutschland erfolge.

**Eine wichtige Bestimmung.**  
Paris, 23. Juni. Die „Baleler Nachrichten“ bringen einen im § 8 verzeichneten Satz von der Mantelnote, der bisher noch von keiner Agentur oder Zeitung weitergegeben wurde. Er verläutet nach dem erwähnten Blatt wie folgt: Der Vertrag schafft gleichzeitig das nötige Organ zur friedlichen Regelung der internationalen Probleme und zur Aufhebung der Mittel, um von Zeit zu Zeit den Vertrag von 1919 selbst zu ändern, indem man die neuen Bedingungen den neuen Tatsachen anpaßt, sobald sich solche bieten.

**Protest der holländischen Frauen.**

Amsterdam, 21. Juni. Laut „Algemeen Handelsblad“ hat die Niederländische Frauenvereingung für einen dauerhaften Frieden ein Telegramm an die Friedenskonferenz in Paris geschickt, in dem sie gegen den Friedensvertrag protestiert und menschlichere Bedingungen fordert.

**Clemenceaus Regierung erschüttert.**

Versailles, 22. Juni. Der Senat erörterte gestern die Vorlage über die Wahlreform. Im Namen der Regierung bekämpfte Pams die in der Vorlage vorgesehene Verhältniswahl. Trotzdem wurde die Vorlage mit 120 gegen 90 Stimmen angenommen. „Matin“ hebt hervor, daß die Regierung in die Minderheit gekommen ist. „Journal de Peuple“ schreibt: Clemenceau, die Reize ist an dir, wie vorher an Orlando und Scheidemann.

**Die Ausschreitungen gegen die Deutschen bleiben ungehört.**

Versailles, 20. Juni. Nach Blättermeldungen hat der Staatsanwalt Roux, der die Voruntersuchung über die Versailler Zerschüsse, die sich et der Abreise der deutschen Delegation abgepielt haben, führte, nach Einsicht in die eingelassenen Berichte und Vernehmungen einiger Zeugen beschloffen, von einer gerichtlichen Untersuchung Abstand zu nehmen.

**Votales u. Provinzielles.**

Coblenz D. S., den 24. Juni 1919.

**Zur Volksabstimmung in Oberschlesien.**

An die Nationalversammlung in Weimar ist folgendes Telegramm abgegangen:

„Der Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens, in der über eine Million deutsch und polnisch sprechender Oberschlesier zusammengefaßt sind, ersucht die Nationalversammlung, den Friedensvertrag auch in der abgeänderten Form zu verurteilen. Die uns von unseren Feinden angetragenen Abstimmungsformen, wie sie uns jetzt bekannt geworden sind, ermöglichen unseren Gegnern schrankenlos die Willkür, durch die wir sogar unserer Staatsbürgerrechte beraubt werden sollen. Diese Abstimmung ist kein Ausdruck unserer Selbstbestimmungsrecht und soll nur eine unmitteldbare Annexion bemäkeln. Wir erheben gegen eine Annahme dieser uns unseren Feinden anbotenen Bedingungen den allerhöchsten Protest. Nimmt die Nationalversammlung den Friedensvertrag an, ohne eine gerechte sofortige Abstimmung in Oberschlesien durchzuführen, dann muß sich Oberschlesien vom Deutschen Reich, mit dem es bisher in Treue verbunden war, verlassen fühlen.“

**Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens.**

**Die Abstimmungskommission für Oberschlesien.**

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Unterkommission für die Abstimmung in Oberschlesien ist bereits gebildet. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages wird ihre Zusammenziehung bekannt gegeben. Eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte in Oberschlesien ist für die Dauer der Abstimmung nicht in Aussicht genommen, da die Verhältnisse in Oberschlesien anders liegen, als wie im Rheinlande.

**Keine Besetzung vor Ratifikation.**

Der Reichs- und Staatskommission für Schlesien und Westpreußen teilt auf vielfache Anfragen mit, daß auch nach Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung keinerlei territoriale Aenderungen vor erfolgter Ratifikation des Friedens stattfinden. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben sämtliche schlesischen und polnischen Gebiete in deutscher Hand.

**Befehung durch polnische Truppen?**

Nach der „Gazeta Robotnicza“ Nr. 63 wird Oberschlesien sofort nach Ablauf der sieben-tägigen Unterzeichnungsfrist von polnischen Truppen besetzt werden. Wie dazu von militärischer Seite mitgeteilt wird, werden in dem Falle die Truppen Haller's einen blutigen Empfang zu erwarten haben.

Aus Genf wird gemeldet: „Comme Libre“ schreibt zur Frage der Volksabstimmung in Ober-



schließen, daß nach dem Beschluß der Allierten Polen eine Abstimmlung, die eine Mehrheit für Deutschland ergeben würde, rücksichtslos anerkannt wüßte. Bei allen Sympathien für die Polen verfolgen die Allierten auch in Oberschlesien nur die Durchsührung der 14 Punkte Wilsons.

#### Abstimmung — maschierte Annexion.

Von einer Stelle, die in die Ententeformationen des Friedensvertrages Einsicht genommen hat, wird über die Abstimmung in Oberschlesien folgendes mitgeteilt:

Oberschlesien wird von einer Okkupationsarmee aus Truppen der Allierten und assoziierten Mächte besetzt, d. h. auch polnische Truppen dürfen herangezogen werden. Die Souveränitätsrechte gehen auf eine Kommission aus den Vertretern der vier feindlichen Großmächte (ohne Beteiligung Deutschlands) über. Die Vollmachten dieser Kommission sind nahezu unbegrenzt. Ihre Kompetenzen werden von ihr selbst bestimmt. Sie hat das Recht, die näheren Bedingungen, sowie den Zeitpunkt der Abstimmung festzusetzen. Deutsche Behörden sowie „militärische und halb-militärische Vereine“ können von ihr aufgelöst werden. Die Kommission hat ferner das Recht, missliebige Persönlichkeiten auszuweisen, insbesondere alle Führer der deutschen Agitation. Jeder Terror in Ausübung der Zensur und jede Beschränkung der Versammlungsfreiheit ist möglich. Die Kommission tritt ihr Amt 14 Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages an. Die Abstimmung erfolgt spätestens in 6 Monaten, spätestens in 18 Monaten.

In Kreisen der ober-schlesischen Industrie ist man der Ansicht, daß die in dieser Weise vorgesehene Volksabstimmung gleichbedeutend mit Abtretung ist. Man bittet daher das Bismarck der ober-schlesischen Sachverständigenkommission vom 16. 6. auf Ablehnung des Plebiszits. Ferner ist man der Auffassung, daß eine etwaige Besetzung Oberschlesiens nicht durch solche Mächte erfolgen dürfe, die an dem Abstimmungsergebnis beteiligt sind, also keinesfalls durch Polen oder Franzosen. Man verlangt eine unabhängige Verwaltungskommission, die sich aus Vertretern der neutralen Mächte zusammensetzt. Im Hinblick auf die komplizierten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Oberschlesiens müssen die bisherigen Verwaltungskörper in unbeschränkter Tätigkeit belassen werden. Bis zur Entscheidung muß ein selbstverständliches Voraussetzungen sein, daß das rechtliche, soziale und wirtschaftliche Leben nach den bisher für Personen und Eigentum geltenden Gesetzen und Verordnungen erhalten bleibt.

**(Sommeranfang)** Man hat der Sommer auch kalendermäßig seinen Einzug gehalten, nachdem er drüben auf den Feldern, im deutschen Walde, in den schlesischen Bergen und in hiesiger Gegend eigentlich schon seit Tagen regiert. Der farbenlatte, reife Sommer ist da, für manche gesegneten Teile unserer lieben deutschen Vaterlandes vielleicht der letzte deutsche Sommer. Das ist bitter schmerzhaft für jedes deutsche Herz, und diesen Schmerz kann auch der Rosen Fülle, die der Dichter in glühwarmen deutschen Sommertagen allorts und alle Stunden blühen sieht, nicht heilen. Es könnten Kirchhöfskronen sein!

Noch in keinem Jahre fand der deutsche Sommer so die deutsche Heimat wieder! Trauer in der Blütezeit, Vergessen im Werden und Reifen. Das sind die Gegenläufe, die heute einander hemmen. Draußen im deutschen Land, in Wald und Feld, ist alles wie sonst in guten alten Tagen. Die Knospe drängt zur Blüte, die Blüte zur fatten, vollen Reife. Ueber gesegnetem Halmenfeld schweben Millionen goldgelber Staubkörner, und der Wind, ein leiser, sanfter Wind, trägt sie fort, von Halm zu Halm, daß sie das Wachen und Werden vollenden, zu Flug und Frommen der Menschheit. Erstblühende Kornblumen, Kaiserblumen von ehmalen, reden von deutscher Erde, die war. Am Bachrand blühen Maiglöckchen und Tauenscheiden, und Schöckchen bittet, im fatten Grün verdeckt, daß solche Bergschneeklein. Der Wald hat seine Kiefernkränze angezündet, das Moosbett schwellt wie sonst, und aus dem dunklen Raufengrunde leuchtet Männerkreuz mit leichten Baublütenblättern, die jeder Windhauch fortträgt.

Alles wie sonst, ein holdes, deutsches Sommermädchen; strahlende, warme Sonne, lichter Blauhimmel, schwüle Sommerwärme, lodrende Johanniskraut auf den Bergen und in den Pfingstbergen. . . Alles wie sonst.

Und doch so anders! Der bste rote Klatschmoßn paßt schlecht ins grüne Halmenfeld, und die Pfingst sind in die Höhe geschossen, und die grandigen Kletten tragen reife Frucht. Sie wühlen und zeren und wollen den deutschen

Sommertraum nicht zur Wahrheit werden lassen. Und dankter, dichter Analas trübt den nächsten Schein der Johanniskraut. Fast Schein's, als sollten Reife und gelegnete Fülle dabei verknümmern oder — für andere sich schmücken. Und wir gehen leer aus . . .

Die Sorgen, die Nöte der Zeit, sie wollen das deutsche Herz nicht froh werden lassen in warmen Juni-Monaten. Sollten es Kirchhöfskronen sein, die der Sommer zum Leben läßt . . .

**(Der Verein der Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmer)** hat in seiner am 21. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung beschlossen, den Uebertritt aus dem Wohlthätigkeits-Kongress in Höhe von 1000 M. als einmalige Beihilfen an die kriegsbeschädigten Kameraden zu verteilen. — Zum Verhängen für Kameradenzeit, welcher am 30. Juni in Wolschitz beginnt, sind seitens des Vereins die Kameraden Johann Adamel, Franz Ogiermann und Ernst Wohlschlag delegiert worden. Der Verein, welcher alle Rechte und Interessen der kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, der Kriegswunden und Waisen gegenüber dem Staate, der Gemeinde und den Arbeitgebern vertritt, hat bisher für seine Mitglieder in allen vorgekommenen Fällen durchwegs günstige Erfolge erzielt. Stellungsgelosten Kameraden wird dringend empfohlen, sich wegen eines Arbeitsnachweises an den Vereinsvorstand zu wenden. — Der Verein zählt bereits 150 Mitglieder. Eine große Anzahl Kriegsteilnehmer hat in dessen in den Anschlag noch immer nicht gefunden. Es ist Ehrenpflicht aller Kriegsteilnehmer, besonders der materiell Bessergestellten, durch ihren Beitritt die alle kameradschaftliche Treue zu beweisen und die anstrebende gemeinnützige Organisation zu stärken.

**(Unser Grenzschutz)** ist am Sonntag morgen um diez näher an die Grenze abgerückt.

**(Verfall)** wurde der Schmeidmeyer und Landwirt Anton Hermann aus Rogoiska zum Standesamtbevollmächtigten für den Standesamtbezirk Rogoiska.

**(In französischer Gefangenschaft gestorben)** ist der Gymnasiallehrer Alfred Jäkel aus Gales, ein Sohn der verw. Frau Beher Jäkel hier, im Alter von 36 Jahren.

**(Die Auszahlung)** der Militärrenten- und Hinterbliebenenbezüge für Juli findet bei den Postanstalten ausnahmsweise bereits am Donnerstag den 26. d. M. statt. Zur glatten Abwicklung des Zahlgeschäftes ist unbedingt erforderlich, daß jeder Zahlungsempfänger seine Bezüge am genannten Tage und zwar möglichst vormittags abholt.

**(3 Rufen mit Heeresgut)** sind gestern früh aufgedrungen in der Nähe des Bahnhofes aufgefunden worden und zwar eine am Beamtenwohnhaus der Zuffkeller-Gesellschaft, die zweite auf der Wiese hinter dem Szej-don'schen Dampfsgewerk und die dritte am Pöllowitzer Weg. Jamt ill lagen die Sachen, welche an das Patentamt „Richtenbach“ gerichtet waren — Helme, Tornister, Patronentaschen, Feldflaschen, Koppel — zerstreut umher. Das Nähere über den eigentümlichen Fund dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

**(Drei Burschen)** aus dem hiesigen Kreise, welche sich durch Banditenkreiche und Plünderungen hervorgetan und hierauf auf polnische Seite geflüchtet waren, sind dort bei Grenzplänkelleien erschossen bezw. verwundet worden.

**(30000 Mark Belohnung)** sind ausgesetzt für die Ermittlung der Täter, die im Kreise Rybnik in der letzten Zeit die neun Bombenattentate und den Mord an einem Beamten verübten. Für jeden Einzelfall zweidienlicher Anzeigen werden 3000 Mark oder insgesamt 30000 Mark Belohnung zugesichert.

**(Ein polnisches Flugzeug)** erschien in den Grenzorten des schlesischen Kreises und warf Flugblätter in deutscher Sprache ab. Ihr Inhalt verneint die deutschen Nachrichten über die Vorgänge in Polen zu widerlegen.

**(Wegen Vornahme von Geheim-schlachtungen)** ist dem Fleischermeister Arthur Jhlla in Groß-Mauden der Fleischer-Gesellschaftsbetrieb wegen Vornahme von Geheim-schlachtungen auf die Dauer von 6 Monaten geschlossen worden.

**(Der Dank der Kaiserin.)** Die „Schles. Zig.“ hatte vor einiger Zeit mehr als 11500 unter-schlesischen Frauen und Mädchen aller Stände für eine Subsidiumsadresse an die Kaiserin gesammelt und diese Adresse in geschmackvoll künstlerischer Ausföhrung der Kaiserin über-sandt. Wie sie zu berichten weiß, hat die Kaiserin von dieser Adresse sehr bewegt und erfreut Kenntnis genommen. Sie erwidert die ihr übermittelten Subsidiums mit dem tiefempfindlichen Wunsch und Gebet „Gott helfe unserem deutschen Volke

und Vaterlande“ und sendet allen Unterzeichneten herzlichen Dank und Gruß.

**(Wem steht die Bezeichnung „Frau“ zu?)** Nach einer Entscheidung des Ministers des Innern ist die Bezeichnung „Frau“ nicht gleichbedeutend mit „Ehefrau“. Sie ist auch kein Titel, der verliehen werden kann. Es kann deshalb keiner ledigen Frau verwendet werden, sich „Frau“ zu nennen. Die bisher gültige Praxis, nach der nur verheiratete Frauen die Bezeichnung „Frau“ zulassen, beruht auf einer Verfügung vom Jahre 1869, die nach Ansicht des Ministers veraltet ist und nicht mehr angewendet werden soll.

**(Belohnung.)** Der Regierungsrat Präsident in Oppeln ist eine Belohnung von 500 Mark für die Ermittlung der Täter aus, die am 2. Mai dem Gendarmenwachmeister H. S. in Bälz eine Handgranate in das Schulhauswerfen geworden haben. — Eine Belohnung von 1000 Mark wird für die Ergreifung des Diebstahlschloßes aus Vaurahütte ausgesetzt, der am 3. Juni dem Volkswachmeister Bruno Gronzfeld vor dem Pfarrhaus in Domb durch drei Revolver-schüsse schwer verletzt.

**(Wohnungsnot und Magistrat.)** Der Magistrat vor Plesch macht bekannt, daß Wohnungen an Personen, die von außerhalb zuziehen, nur mit Genehmigung des Magistrats vermietet werden dürfen.

**(Was ein Arbeiterrat kostet!)** Während die jährlichen Gesamtkosten für den ganzen Spandauer Magistrat 60000 Mk. betragen, sind die bisherigen Kosten des dortigen Arbeiterrats schon weit über das Doppelte dieser Summe hinausgegangen. Sie betragen bis zum 5. Juni nicht weniger als 146289 Mk! Bewilligt sind von den städtischen Körperschaften bisher 120000 Mk (!), so daß noch 270889 Mk in Höhe von 26289 Mk. von den städtischen Körperschaften zu bewilligen sind. — Ob nicht auch den Spandauer Sozialdemokraten der größte Spieß auf die Dauer zu teuer wird?

**(Der Abbau der Zwangswirtschaft.)** In der Sitzung der Erziehungskommission der Preussischen Landesversammlung am Mittwoch wurden verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt. Angenommen wurden die Anträge auf Beibehaltung Zwangswirtschaft in H. u. Strub, Ost u. u. und Milderung der Zwangswirtschaft in bezug auf Futtergetreide und Kartoffeln, ferner die Anträge auf Erhöhung von Jagd- und Jagd-schloßbesitzern. Ebenso fanden Zustimmung der Antrag auf Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere für Schmalz und Brotgetreide. Auch die bessere Bekämpfung der Raubwirtschaft mit Kollern, Strom- und Betriebsstoffen wurde als berechtigte Forderung durch die Abstimmung anerkannt, ebenso die Ueberlassung freigebliebenen Besitzgutes der Raubwirtschaft. Auch der Antrag betreffs des Ausbäuerers (Minderstellung und gerechtere und bessere Verteilung) fand die Zustimmung der Kommission.

**(Reverendfreiwillige für die Reichswehr.)** An alle gebildeten vaterlandstreuen Soldaten, die augenblicklich nicht in der Lage sind, in die Reichswehr einzutreten, weil ihr Beruf oder andere Umstände sie daran hindern, ergeht der Ruf, sich schon jetzt bereit zu erklären, für den Fall, daß wir auch einmal zu den Waffen gegen einen äußeren Feind greifen müssen, in die Reichswehr einzutreten zu wollen. Die Verpflichtung geschieht auf die bekannten Bedingungen der Reichswehr. Während der Zugehörigkeit nach erfolgter Bestellung gelten die alten Versorgungsansprüche. Hauptverpflichtungen in allen Reichsteilen und anderen Orten im Bereiche des R. A. R.

**(20 Schwerverbrecher aus dem Deutscher Gerichtsgefängnis entstrungen.)** Am Sonntag in der 9. Vormittagsstunde (!) unternehmen die im Deutscher Gerichtsgefängnis untergebrachten Strafgefangenen einen Ausbruch. Die Revolte erfolgt völlig unerwartet und am helllichten Morgen. Nachdem die Gefangenen den Aufsicht übermältigt hatten, gelangten sie in den Gefängnishof. Den dort postierten Schloßer schlugen sie zu Boden, entziffen ihm die Schlüssel, öffnerten das Tor, das nach der Tarowitzerstraße führt, und nahmen nach allen Richtungen Reißaus, größtenteils nach der Parallellstraße. 20 Flüchtlinge, darunter viele Schwerverbrecher, konnten ruhig flüchten, ohne daß man sie zunächst verfolgte! Nachdem die Banditen auf und davon waren, nahm eine Abteilung Soldaten die Verfolgung auf, bis Sonntag vormittag 11 Uhr konnten 6 Flüchtlinge wieder ergriffen werden. Unter diesen befand sich auch ein Schwerverbrecher, den man in einem Hause auf der Parallellstraße erwischt hatte und der noch eine Zuchthausstrafe von 11 Jahren verbüßen sollte. Im Laufe des Sonntags konnten noch einige Aus-

brecher festgenommen werden, so daß sich nur noch ein kleiner Teil auf freiem Fuße befindet. (Der Millionenraub von Borsigtwerk.) Aus Mikulischitz wird gemeldet: Das am 12. Juni cr. auf dem Wege von Bauditz OS. nach Borsigtwerk durch mehrere Bauditzen geraubte Geld, bekanntlich 1 1/2 Millionen Mark, ist hier aufgefunden worden.

**Kybitz, 23. Juni.** (Magdalenfälle.) Bei einem Straßenauflauf wurde durch einen unglücklichen Zufall der Bergmann Vorwoll von einem Grenzschutzbataillon erschossen. — Ein Handgranatenauswurf ereignete sich auf dem bisigen Bahnhof. Als Grenzschutzbataillon einen Zug bestiegen wollten, um nach einem von Bauditzen gefährdeten Platz abzugeben, explodierte eine Handgranate, wobei einer Person der Arm weggerissen, andere leichter verletzt wurden.

**Kybitz, 23. Juni.** Bei einer Hochzeit im Kogelischen Gasthause in Schwirkau drangen zehn Bauditzen in den Saal, jagten die Hochzeitsschaff auf und raubten ihm 11.000 Mark hierauf den Hochzeitsschaff wohl mund. — Bauditzen überfielen südlich von Schwirkau den Bauern Philipp, banden ihn an einen Baum und raubten ihm vollständig aus. Sodann entkamen sie sich auf dem Fuhrweg des Bauern.

**Kgl. Janowitz, 21. Juni.** Gute Nacht wurde der frühere Gaskoch Kuczak, als er sich mit seiner Frau im Hofe befand, von 2 Männern überfallen und erschossen. Es liegt ein Raubakt vor.

**Bekanntmachung.**

Da die Steuerveranlagungsarbeiten für das Jahr 1919 noch nicht beendet sind und ihre Erledigung voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, können diesmal die Steuerzettel erst erheblich später ausgefertigt und ausgehändigt werden als sonst.

Die Steuerzahler ersuchen wir mit Rücksicht darauf, daß inzwischen bereits 1/4 Jahr abgelaufen ist, Abschlagszahlungen in Höhe der vorjährigen Einnahmen auf Grund der alten Steuerzettel in unserer Kammereinkasse zu leisten. Die Verrechnung erfolgt alsdann im 2. Vierteljahr.

Sobrau OS., den 24. Juni 1919.  
Der Magistrat. R. Schmidt.

**Bekanntmachung.**

Die Familienunterstützungen werden Mittwoch den 25. Juni cr. von 8 bis 12 Uhr vormittags in der Kammereinkasse abgeholt.

Sobrau OS., den 24. Juni 1919  
Der Magistrat. R. Schmidt.

**Bekanntmachung.**

Der Streuverkauf im hiesigen Stadtmaide findet am Dienstag den 1. Juli 1919 nachmittags 2 Uhr statt, wozu Kauwillige hiermit eingeladen werden.

Sammelort: Waldeingang.  
Sobrau OS., den 23. Juni 1919.  
Der Magistrat. R. Schmidt.

**Bekanntmachung.**

Die im Regierungsbezirk Oppeln in den letzten Tagen vorgenommenen, vermittelst von polizeilicher Seite angeführten Eprezungen von Eisenbahnbrücken und Gleisanlagen erfordern die Mitwirkung aller Kreise, um solche die Sicherheit von Personen und Sachen auf schwerste gefährdende und die Aufrechterhaltung der Ordnung wie die allgemeine Sicherheit des Staates bedrohende Verbrechen zu verhindern. Es ergreift daher zufolge höherer Anordnung an die gesamte Bevölkerung das Ersuchen, zur Verhütung solcher Verbrechen und zur Ermittlung der Täter nach Kräften zu helfen. Dabei ist namentlich wert darauf zu legen, daß alle einschlägigen Mitbürger mit größter Beschlunigung erfaßt und daß gegebenenfalls insbesondere auch die nächsten Militärbehörden sofort benachrichtigt werden. Die Eisenbahnverwaltung hat für Ermittlungen außergewöhnlich hohe Belohnungen in Aussicht genommen.

Sobrau OS., den 23. Juni 1919.  
Die Polizei-Verwaltung. R. Schmidt.

**Bekanntmachung.**

Bei einem dem Wärdmeister W. Tyranta von hier gehörigen Schweine ist Rotlauf festgestellt worden.

Wir haben die erforderlichen Vorichtsmaßregeln über das versuchte Schütz angeordnet.  
Sobrau OS., den 21. Juni 1919.  
Die Polizei-Verwaltung. R. Schmidt.

Ein ordentliches

**Dienstmädchen**

sucht

Schule Sussetz O.-S.

**Riesen-Kaninchen**

zu verkaufen.

Zöllner, Obervorstadt.



Am Feste des hl. Aloysius starb im hiesigen städtischen Krankenhaus. 38 Jahre alt.

die Kongregantin

**Ernestine Pachulla.**

Von ihrem langjährigen, zuletzt schwerem Leiden hat sie endlich der Todesengel erlöst. Mütter Maria, deren immer treue Dienerin sie gewesen, und St. Aloysius, dessen Tugendvorbild sie so eifrig nachstrebte, durch ihre mächtige Fürbitte der Heimgegangenen recht bald besuchen die ewigen Freuden des göttlichen Herzens. Das ist unser Wunsch. Den unsere Gebete unterstützen wollen.

Sobrau OS., den 23. Juni 1919.

**Die Marianische Jungfrauen-Kongregation.**

Die Beerdigung findet Mittwoch vormittags 9 Uhr statt.

**Bekanntmachung.**

Alle diejenigen Viehhalter, welche **Gerstenfelle** abnehmen wollen, haben sich unter Angabe der Viehzahl bis zum 27. d. M. spätestens bei uns — Zimmer 4 — zu melden.

Wir müssen bemängeln, daß die Kaufleute die von der Bürgerchaft abgenommenen Lebensmittelmarken-Abschnitte (Brotzettel-Abschnitte) in den weltwärts weichen Fällen später als zu dem von uns vorgeschriebenen Termine bei uns abliefern. In Zukunft werden diese Kaufleute von der Waren-Zuweisung wegen Nichtbeachtung unserer Anordnungen ausgeschlossen werden. Wir müssen zur Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebes auf strenge Beachtung unserer Termine und Anordnungen halten.

Für die laufende Woche wird in den bekannten Fettverkaufsstellen gegen Abschnitt 1 der Fettkarte verkauft:

50 g **Margarine** (1 Portion 22 Pfg.),  
125 g **Kornmelade**.  
Die Bezug-Abschnitte sind bis Mittwoch den 25. d. M. nachmittags abzugeben.

Bei allen Kaufleuten wird gegen Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte je Kopf 1/4 Pfund **ausländischer Reis** (1 Pfd. 3,40 M.) verkauft. Die Bezug-Abschnitte 19 müssen bis Freitag bis Mittwoch den 25. d. M. nachmittags abgegeben werden. Die Warenabgabe erfolgt am Sonnabend den 28. d. M.

Gegen 4 Abschnitte der Krank- u. (Auszug-) Mehlkarte, sowie gegen 4 Abschnitte der Kinderkarte (bis zu 2 Jahren) und schließlich gegen 4 Abschnitte der Kinderkarte (von 2-4 Jahren) wird je Abschnitt eine Menge von 255 g = 1020 g **Auszug-Mehl** bei den Kaufleuten **Minola** und **Julius Tyrantia** verkauft. Die 4 Bezug-Abschnitte jeder der drei Karten sind bis Mittwoch den 25. d. M. bei den Benannten abzugeben. Das Auszugmehl wird von Sonnabend den 28. d. M. ab abgegeben.

Gegen den Wochenabschnitt 23. 6. — 29. 6. 19 der Kartoffel-Bezugskarte wird bei den Kaufleuten **Herich** und **Geschw. Neumann** 1/2 Pfd. **ausländisches Wehl** (1 Pfd. 1,50 M.) 150 g **Pfälsfrüchte** (1 Pfd. 0,90 M.) 100 g **Straupe** verkauft. Bezug-Abschnitte müssen bestimmt bis Mittwoch den 25. d. M. nachmittags bei den Kaufleuten abgegeben werden. Warenabgabe am Sonnabend den 28. d. M.

Ferner werden in der städtischen Pflanzengasse gegen den Abschnitt 30. 6. — 6. 7. 19 der Kartoffel-Bezugskarte (für 14 Tage) je Kopf 8 Pfund **Kartoffeln** und zwar wie folgt verkauft: Mittwoch den 25. d. M. nachm. 2-6 Uhr Buchstaben A-G, Donnerstag den 26. d. M. vorm. 8-12 Uhr Buchstaben H-L, nachmittags 2-6 Uhr Buchstaben M-R.

Freitag den 27. d. M. vormittags von 8-12 Uhr Buchstaben S-Z. Diese Anordnung muß mit aller Strenge genau durchgeführt werden. 1 Pfd. Kartoffeln kostet 26 1/2 Pfg.

Sobrau OS., den 24. Juni 1919.  
Der Lebensmittel-Ausschuß.

**Die Erneuerung der Lose**

1. Kl. **Brenn. Klassenlotterie** muß ausnahmsweise bis Freitag den 27. Juni abends 6 Uhr erfolgt sein. Lose für neue Spieler (Ziehung 15. und 16. Juli) sind zu Originalpreisen vorrätig.  
H. Schleier, Ring.

**Ein Sportwagen**

fast neu, mit Sammlereifung zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Bekanntmachung.**

Am Donnerstag den 26. und Freitag den 27. d. Mts. findet im Zimmer Nr. 2 die Ausgabe der **Zuckermarken, Zucker-Zusatzmarken** sowie **Einfuhr-Zusatzmarken** und zwar wie folgt statt:

Donnerstag von 8-12 Uhr die lfd. Nr. der Ausgabearten 1-400 und von 12-3 Uhr die Nummern 401-800.  
Freitag von 8-12 Uhr die lfd. Nr. der Ausgabearten 801-1200 und von 12-3 Uhr die lfd. Nr. 1201-1450.  
Die roten Ausgabearten sind mitzubringen. Es wird bemerkt, daß zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes die Abholer die festgesetzten Termine unbedingt beachten müssen.

Sobrau OS., den 24. Juni 1919.  
Der Magistrat. R. Schmidt.

**Goldene Ohrringe**

830, 585 und 833 gest., zu haben bei Engelmann, Rischgejowka.

Passen Sie obacht, jetzt fängt's los!

Ich habe 15 000 Flaschen **Liköre** **Rum**

**Bonekamp Stonsdorfer Pfeffermünz**

etc. und stosse solche mit M. 9.25 p. Liter ab.

ab. Wenn Sie die Ware auf der Zunge gehabt, bewundern Sie meine Leistungsfähigkeit. Versand nicht unter 3 Flaschen franco Nachnahme.

Händler verlangen Spezialofferte.  
**Dubiel, Königshütte 179.**  
Postscheckkonto Breslau 24 163.

**Dom. Pawlowitz**  
gibt fuhrenwelle  
**Stroh**  
ab.

**Sohn achtbarer Eltern**  
für leichte Bureauarbeiten und Botengänge für sofort gesucht.  
**Deutsche Luftfilter-Faugesellschaft Sobrau OS.**

**Eine Schemme**  
wird zu kaufen oder zu pachten gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

**Eine Schlag-Zither**  
ist zu verkaufen. Bei wem? sagt die Exped. d. Bl.

**Eine größere Wohnung**  
per 1. Juli zu mieten gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

**Ein Laden mit Wohnung**  
zum 1. Juli zu mieten gesucht. Offerten unter „Laden 40“ an die Exped. d. Bl.

**Spazierstöcke**  
in großer Auswahl eingetroffen.  
**A. Adamek, Cigarrengeschäft,**  
Sobrau OS., Ring.